

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gepaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 46

Duisburg, den 15. November 1924

25. Jahrgang

## Vor den Toren der Zukunft

Es steht fest: Die Kölner Tagung der christlichen Gewerkschaften am 12. Oktober war mehr als nur eine christliche Gewerkschaftstagung. Sie ist zum Symbol einer werteschaffenden Volksbewegung geworden. Und deshalb ist auch Köln mehr als eine machtvolle Rundgebung, sie ist ein Wendepunkt im Leben der deutschen Gewerkschaftsbewegung überhaupt.

Warum?

Jede Bewegung, gleich welchen Standes und welcher Schicht, zieht ihren Aktionsradius zunächst von dem mehr instinktiv erühlten als etwas Romantisches, Ungreifbares anzusehen, von dem man braucht das Wort Egoismus gar nicht einmal den üblen Beigeschmack zu haben, den es in den letzten Jahren bekommen hat. Es ist die landesübliche Redensart, daß das Heide näher sei als der Rod; es ist die Tatsache, den Teil als die Hauptfache und das Ganze als etwas Romantisches, Ungreifbares anzusehen, von dem man zwar spricht, von dem man sich aber keine rechte Vorstellung machen kann; das man als würdigen Bestandteil lobt, ohne sich über den Zusammenhang von Teil und Ganzen und die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, klar zu werden.

Stegerwald hat diesen Zeitabschnitt, der nicht nur im Leben einer Arbeiter- und Angestelltenbewegung, sondern im geschichtlichen Werden eines jeden Standes sich zeigt, einmal die „Agitationsperiode“ genannt, worunter aber nicht die gewerkschaftliche Agitation, sondern das Ungeklärte, das Unreife, der Mangel an zielstrebendem Zweck verstanden sein soll.

Das Unglück der deutschen Arbeiterbewegung war, daß der größere Teil sich durch Marx das Dogma einer rein klassenmäßigen Ideenwelt übergeben ließ, betäubt von dem Gedanken, daß Völker und Nationen nur Durchgangsstationen auf dem Weg zu einer jenseitigen Menschheit seien. Zur Menschheit gelange man am schnellsten auf dem Wege des Klassenkampfes, der in seiner extremen Auswirkung Staat und Nation zerstören und deshalb die Bahn zu einer wahrhaften Internationalen frei mache. Diese klassenmäßige Einstellung konnte daher überhaupt nicht bis zum Gedanken eines realen Ganzen, wie es ein Staat ist, vordringen, sondern suchte den Teil vom Ganzen abzuscheiden, in der törichtesten Hoffnung, ihn desto lebensfähiger, d. h. im sozialistischen Sinne aktiver, agitationsfähiger zu erhalten.

Die sozialistische Gewerkschaftsbewegung, die sich nie von der Ideenwelt des Sozialismus losmachen konnte, wenn sie auch in irgendeiner Weise sich gegen den realpolitischen Dämon, die bloßen Konsuminteressenbewegung, im Kur-Rohmaterialinteresse festsetzte, und es mag als Beweis dafür dienen, daß Karl Legien, ohne Zweifel einer ihrer klaren Führer, den Ausdruck zu konnte, daß auf die Dauer sich eine Arbeiterbewegung nur eine bessere Position schaffen könne durch Zurückhaltung der Produktivkraft, während die christliche Gewerkschaftsbewegung die Notwendigkeit der Steigerung der produktiven Kraft der Volkswirtschaft betonte, wenn auch die Arbeiterbewegung gehoben werden sollte. Es ist klar, daß ein Stand sich vorübergehend auf Kosten anderer emporheben kann, aber die Geschichte ist auch darin ausgleichend genug, daß sie oft schon Söhne fürchtbar für die rechtlichen oder gesellschaftlichen Überspannungen der Väter büßen läßt.

Kultur kommt nur vom Ganzen, von der Gemeinschaft; aus dem verengten Teil, wie es der deutsche Sozialismus mit der sozialistischen Arbeiterbewegung machte, kommt der Haß. Wir wissen nicht, ob diese Verbindungen bewußt oder unbewußt von den Vätern des Sozialismus dem Proletariat als verhängnisvolles Dämon geschenkt in den Schoß gelegt wurden, soviel steht aber fest, daß diese bewußte klassenmäßige Einengung an der inneren Kulturlosigkeit der sozialistischen Massen die größte Schuld mitträgt.

Die ideellen Kräfte der christlichen Gewerkschaftsbewegung waren tatsächlich stark genug, um in Deutschland eine geistige Umbiegung der öffentlichen Meinung zugunsten der Gewerkschaftsbewegung zu vollziehen. Man darf nicht vergessen, daß die alten Schichten, durch die Revolution eingeschüchert und zum freundlichen Händedruck bereit, dennoch innerlich zur Gewerkschaftsbewegung keine Schwermut vollzogen hatten. Wenn trotz der sozialpolitisch reaktionären Strömungen heute in Deutschland die öffentliche Meinung in Staat, Verwaltung und auch in den Religionsgemeinschaften der Gewerkschaftsbewegung vorurteilsfreier gegenübersteht, dann ist das ohne die zum Ganzen hindrängende und für das Ganze arbeitende christliche Gewerkschaftsbewegung gar nicht denkbar. Gegenüber einer klassenmäßigen Bewegung hegt die öffentliche Meinung immer Zweifel und nicht unbegründete Feindschaft.

Die Tragweite dieser Tatsache muß man sich vergegenwärtigen. In der Vorkriegszeit war die Staatsmacht Gegnerin der Gewerkschaftsbewegung und damit auch der Arbeiterbewegung oder stand ihr, wie im Süden Deutschlands, wenigstens unfreundlich gegenüber. Die evangelische Kirche, die damals noch in den Hemmungen des Staatskirchentums lag, konnte eine wesentliche andere Stellung zur Arbeiterbewegung nicht finden, wie die Staatsgewalt auch. Einflußreiche Kreise verachteten damals auch die katholische Kirche in Deutschland auf diese Linie zu drängen, um sie gewissen Zwecken gegenüber dienstbar zu machen. Heute hat sich die katholische Kirche Deutschlands bedeutungsvoll für die sozialen Belange der Arbeiterbewegung ausgesprochen. Die evangelische Kirche ist Volkskirche geworden und hat in erfreulicher Weise eine soziale Botschaft erlassen, deren Gebote evangelischer Art das bedeutet, was die Enzyklika „reum novatum“ für die katholische Welt darstellt.

So ist es denn auch nur als Konsequenz dieser Arbeit und dieser Umwertung anzusehen, daß zum erstenmal seit in Deutschland Gewerkschaften bestehen, die oberste Reichsbehörde offiziell an der Tagung in Köln teilnahm und daß die Spitzen der beiden Religionsgemeinschaften nicht nur vertreten waren, sondern sich bejahend für die christliche Gewerkschaftsbewegung aussprachen. So etwas ist in der Arbeiterbewegung der Welt noch nicht dazwischen. Und deshalb hatten wir Recht, als wir zu Beginn dieses Artikels von Köln als von einem Wendepunkt und einem Anfang sprachen.

Aber auf diesen Anfang muß ein weiterer Weg folgen. Ueber die Marschroute dieses Weges bestehen Meinungsverschiedenheiten. Ist das gefährlich, wie angest-

liche Gemüter meinen? Im Gegenteil, unsere Bewegung ist stark genug, solche verschiedenen Meinungen vertragen zu können, und zweitens ist die Diskussion der weiteren Richtung von einer solchen Wichtigkeit, daß nur oberflächliche Menschen dabei im Handumdrehen auf eine Linie gebracht werden könnten.

Wir wollen versuchen, die Dinge klar zu sehen. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsidee von 1900 bis 1924 ist das Herausheben aus der Agitationsphase in die Stellung des bewußten Mitträgers der Produktion, in den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und der versuchten Eingliederung in den volkswirtschaftlichen Organismus. Ob und inwieweit das alles gelungen ist, ob wir auf dem Wege hierzu nicht auch Rückschläge erlitten haben und ob wir heute nicht gezwungen sind, sehr hart um wichtige Rechte noch zu kämpfen, sind Zufälligkeiten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände und bedeuten für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges absolut kein negatives Ergebnis. Heute handelt es sich nur um folgendes: Sollen die christlichen Gewerkschaften bei 1924 und dem Erreichten stehen bleiben, es lediglich befestigen, vielleicht auch in den Köpfen der Mitglieder vertiefen, oder sollen sie als staatspolitischer Teil auch Staatspolitik betreiben, d. h. die volle Eingliederung der Arbeiterbewegung in einen Staatsorganismus erreichen, dessen Grundideen auf den Grundideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung — christlich, sozial, demokratisch, national — sich aufbauen sollen. Diese staatspolitische Einstellung hat nun mit Parteipolitik für diese oder jene Partei nichts zu tun. Diese ist stets von den christlichen Gewerkschaften abgelehnt worden.

Diese beiden Ideengegensätze haben sich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung um die Namen Imbush und Stegerwald gruppiert; aber auch da sind Namen Schall und Rauch, denn diese Gegensätze sind nicht an Personen gebunden, sondern greifen an das Tiefste im Leben der Menschheit und der Menschheitsgeschichte. Auf eine kurze Formel gebracht, die deshalb auch nicht den ganzen Komplex der Fragen umfassen kann: Soll das Ganze, die Gemeinschaft, die Gemeinschaft Ausgangspunkt einer Einstellung der Bewegung sein, oder der Teil, das Einzelne, der Einzelne? Ich sage ausdrücklich Ausgangspunkt, denn auch die zweite Ansicht will zur Gemeinschaft vordringen. Es handelt sich also keineswegs um Meinungsverschiedenheiten im Ziel, sondern im Weg. Es ist ein Zeichen des vertieften und vergeistigten Ringens im christlichen Gewerkschaftslager, daß man solche Probleme zum Ausgangspunkt nimmt im Gegensatz zu den fast hieb- und drückfertigen Kämpfen im sozialistischen Gewerkschaftslager und ein Zeichen christlicher Arbeiterkultur, daß ein solches Ringen auf eine so jochliche, freundschaftliche und unperfektere Art ausgeführt wurde, wo man im sozialistischen Lager häufig auf Kongressen im Schimpfwörterlexikon einen Artikel täglichen Bedarfs sah.

Es ist ein falscher Jungenschlag, wenn man hinsichtlich des Ringens von Politisierung oder Entpolitisierung der christlichen Gewerkschaften sprach. Davon kann man nur reden, wenn man die ganze Angelegenheit aus einer — sagen wir einmal — parteipolitischen Tribüne ausführt. Ebenso ist es unrichtig, die ganze Angelegenheit aus dem Gesichtswinkel der Sympathie oder Antipathie zu dieser oder jener Partei anzusehen, wie es vielfach geschieht. Darum handelt es sich gar nicht, sondern um die staatspolitische Frage. Die heutige Gewerkschaftsbewegung kommt ja von der Staatspolitik gar nicht mehr los; jetzt heißt es nur, sich treiben zu lassen oder zu führen. Es kann sich auch nicht darum handeln, als ob mit der staatspolitischen Einstellung etwa die gewerkschaftlichen Ziele und Arbeiten zurücktreten sollten. Das hieße ja allem den Boden entziehen. Nein, wir müssen mit verdoppelten Kräften für die Gewerkschaftsarbeit zur berechtigten Arbeiterinteressenvertretung eintreten.

Imbush geht vom Einzelnen und den praktischen Möglichkeiten des Durchführens aus. Er sieht in dem staatspolitischen Ziel Zufälligkeiten sich wirkend machen, die von parteipolitischer oder gesellschaftlicher Seite Explosionsstoff in die Bewegung tragen könnten. Man würde ihn aber sicherlich falsch verstehen, wenn man aus seinen Worten eine Negation der Gewerkschaftsidee an sich herauslesen würde. Imbush bleibt auch da ganz christlicher Gewerkschaftler.

Stegerwald, der den Gewerkschaftler und den Staatsmann in sich vereint, beurteilt in dieser vorläufig noch sehr neuen und in ihrem Vollen eigenartigen Zusammenfassung die Dinge anders als Imbush. Nicht als ob Stegerwald weniger Gewerkschaftler wäre. Aber die eigentümliche Kombination von Gewerkschaftler und Staatspolitiker in der Art Stegerwalds ist etwas absolut anderes, als man bis dahin zu sehen gewohnt war. Daher wählt Stegerwald in eine tragische Persönlichkeit bedeutenden Formats hinein, der das eine sicher mit Freizerr vom Stein gemein hat, daß er die historische jähliche Linie im deutschen Typ, die sich in der Absonderung und der Betrachtungsweise von Einzelnen aus zeigt, auf das Gleiche einer unübersehbaren, allgemeinen politischen Anschauungsweise hingedrungen beabsichtigt. Sein Verzicht es mit der Heraushebung von Bürgertum und Bauerntum in das gesellschaftliche und damit staatspolitische Gleichberechtigungsbereich, und erziele damit eine — wenigstens vorübergehende — Genüßung des Staates freuzen; Stegerwald steht in der Arbeiterbewegung und einer klaren staatspolitischen Einstellung dieser Gruppe die gleiche Möglichkeit für das jetzige zusammengebrochene Deutschland.

Deshalb ist auch für Stegerwald Staat und staatspolitische Betätigung etwas anderes als was man im allgemeinen selbst heute noch darunter versteht. Für Stegerwald ist der Staat Erziehung, weil der Erziehungsgehalt das Wesen des geistigen Organismus ausmacht. Darin bedenken sich seine Gedanken mit denen Steins. Der Staat ist ihm ein vielgliedriger auf Wechselseitigkeit ruhender Organismus, ein organisches Glied zwischen Vergangenheit und Gegenwart; der Ausdruck des Rechtes und der Autorität. Das Wesentliche aber liegt in der Einordnung des Staates in das sittliche Dasein und in die sittlichen Gesetze.

Darin sieht Stegerwald die Grundlinien für das deutsche Staatswesen. Zu diesem neuen Staatswesen sind ideale Kräfte notwendig. Wo findet er sie ausgeprägt? In der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Und warum nimmt er sie? Weil er überzeugt ist, daß der neue Staat so sein muß, aber aber, er wird

Wir haben aus den Jubiläumstagungen neue Kraft und stärkste Zielstärkerheit erhalten. Wir wissen, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Es handelt sich jetzt darum, die Konsequenzen zu ziehen. Die wirtschaftliche Lage zeigt Besserungen und wo die Organisation stark ist, sind beträchtliche Lohnerhöhungen erzielt worden.

Jetzt heißt es, auf die kommende Zeit organisatorisch vorbereitet zu sein. Wir haben Stürme abzuwehren, vorübergehend ausgegebene Positionen sind wiederzuerobern, die Frage des Lohnes muß in einem für die Arbeiter günstigen Sinne beeinflusst werden.

Das geht nicht ohne eine starke Organisation. Stark an Mitgliedern, aber auch stark an Finanzen. Die stärkste Stütze des Unternehmertums ist das Geld. Je mehr der Verband an Mitteln besitzt, um so erfolgreicher ist sein Wirken.

nicht sein, d. h. er wird dann durch formaldemokratische Einstellung trotz allem ein Staat der oberen Schichten sein. Sein wirkliches Recht findet der Arbeiter in einem auf den oben genannten Grundgedanken der christlichen Gewerkschaften aufgebauten Staat, nicht als ob die Arbeiterbewegung allein den Stimmzettel vertrauen sollte. Aber es ist auch für die Arbeiterbewegung zweierlei, in einem wahrhaft demokratischen Staate zu wohnen oder in einem, der der Arbeiterbewegung innerlich nicht freundlich gegenübersteht. Auch im demokratischen Staat werden die Arbeitnehmer auf ihre Organisationen nicht verzichten können, weil ja die Interessengegensätze niemals ganz verschwinden, und deshalb wird auch in der besten Staatsform die Arbeiterbewegung nicht alles Heil vom Staate erwarten.

Kann alles das auch Aufgabe einer Gewerkschaftsbewegung sein, fragt Imbush aus dem Gesichtskreis der Gewerkschaftler allen Stills, sollen dafür Kräfte losgemacht werden, oder haben wir uns lediglich auf rein gewerkschaftliche Aufgaben zu beschränken? Kann das Wägen und Beurteilen vom Gesamten aus nicht dem Einzelnen Schaben zufügen?

Stegerwald will unter allen Umständen die berechtigten Interessen der Arbeiterbewegung gewahrt wissen. Aber weil er den Neuaufbau eines Staates will, sucht er nach einem Krisenaktionskern, nach etwas Festem zum Aufbau, und das findet er in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Dabei weiß er so gut wie jeder andere, daß man damit allein den Staat nicht schaffen kann. Aber er will endlich Fundament geben. Und deshalb geht er auch nicht vom Einzelnen, sondern von der Gemeinschaft aus. Er sagt mit Recht, daß eine wahre Gemeinschaft keinen Stand unter den ihm zustehenden Rechten liegen lassen kann, wie er aber auch jedes Ueberspannen abmehren muß, weil beides Sprengungen im Volkstörper zur Folge haben wird.

Das sind in den Hauptzügen die beiden Gegensätze, die sich im christlichen Gewerkschaftslager zeigen. Sie sind aber im Grunde sich notwendig ergänzende Pole. Das Entscheidende ist, und davon sind alle überzeugt, daß es sich hier nicht um Personen handelt, die sich selbst suchen, sondern der Sache dienen. Der Weg von Imbush ist der leichtere, die Agitationschwierigkeiten sind bei ihm vermindert. Der Weg Stegerwalds ist der zukunftsreichere, weil innerlich notwendiger. Ob er gegangen werden kann, liegt am deutschen Volke. Ob man die Hoffnung haben darf? Wir wollen es glauben. Das eine steht fest: Heute steht die christliche Arbeiter- und Angestelltenbewegung im Mittelpunkt des deutschen aufbauenden Lebens — und darin hat sie die anderen Richtungen weit hinter sich gelassen.

## Wo Organisation, da Erfolg!

Wo sich unsere Kollegen gut organisiert haben, lassen sich Lohnbewegungen durchführen, die ohne Zweifel als große Erfolge des Verbandes anzupreisen sind.

In Ahlen, Eisenbahnerverein, durch Tarifvertrag erzielt: Für die 23 Jahre alten Former 88 Pfg., Hilfsarbeiter gleichen Alters 70 Pfg. Werkzeug wird geliefert. Ausschüsse werden mitbezahlt.

Metall-Emalleindustrie Ahlen: Handwerker 57 Pfenning + 10 Proz. Facharbeiterzulage = 62,7 Pfg. In Alford arbeitende Fach- und Spezialarbeiter auf 57 Pfg. 20 Prozent.

Münsterländische Metall- u. Emalleindustrie: Spezialarbeiter 54 Pfg. (früher 51) + 12-15 Proz. Zuschlag.

Zementindustrie Bedum: Handwerker 52 statt 49 Pfg. Die einzige Schlußfolgerung lautet: Noch mehr Arbeit im Verband.

## Mit Mut voran!

Nur Jagd auf Laue geben der Meinung Ausdruck, als könne man wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse keine Agitation betreiben. Eine Verwaltungsstelle, die unter der Leitung der Wirtschaft sehr zu leiden hatte, Dortmund, hat den glänzenden Beweis erbracht, daß tüchtige Gewerkschaftler stets Erfolge erzielen können. Zwar geht es nicht so leicht. Aber läßt sich ein echter Gewerkschaftler vielleicht durch eine solche Tatsache einschüchtern? Im Gegenteil. Er greift dann mit verdoppelter Kraft an.

Dieses erfreuliche Zugreifen zeigt auch das Ergebnis der Dortmund-Hausagitation vom 28. September 1924, an der sich rund 30 Kollegen beteiligten.

Wiedergewonnen	83
Neuaufnahmen	14
Uebertritte	4

Zusammen 101

Das Gesamtergebnis ist durchaus günstig zu nennen. Wenn sich noch weitere Kollegen dadurch zur Mitarbeit anspornen lassen, dann werden auch die Erfolge noch größer sein. Und das liegt ja im Interesse der Kollegen selbst, die durch jede Stärkung der Organisation auch ihre eigene Position verbessern.

### Arbeiterbewegung und Lohnverhältnisse in Amerika

Die Arbeiter hatten sich der Glaube im Laufe der letzten Jahre bemächtigt, man müsse auswandern, weil es überall besser sei als in Deutschland. Tausende sind dabei umgekommen in fernen Ländern. Unter A. K. I. lege Karl Schlotter, der sich ungefähr ein Jahr heraufschalder in den Vereinigten Staaten von Nordamerika aufgehalten und dort Gelegenheit hatte, die Arbeiterbewegung und die Lohnverhältnisse zu studieren, sendet uns folgenden Bericht zu, der außerordentlich beherzigenswert ist.

Die ungeheuren Plandämern über die hohen Löhne und Ersparnisse der Arbeiter in Amerika geben Veranlassung, die Wirklichkeit zu beleuchten. Vor allem soll auf die Ursache der Ersparnisse im besonderen eingegangen werden. Die Lohnhöhe in den meisten Industriezweigen Amerikas regelt sich nach den Konjunkturerhältnissen, nach Angebot und Nachfrage der Arbeitskraft. Tariffische Regelungen bestehen hauptsächlich in Schiffbetrieben, wie Bau-, Friseur-, Schneider-, Installationsgewerbe. In der hauptsächlichsten Industrie — der Metallindustrie — und damit verwandten Industrien besteht bezeichnenderweise keine tarifliche Regelung. Die Gründe dafür sind verschiedenartig.

Die große Masse der Metallarbeiter — Arbeiter oder Hilfsarbeiter — gehört zu keiner gewerkschaftlichen Organisation, vielmehr zu den aufs sorgfältigste gepflegten und finanzierten Freirentnerorganisationen. Die gewerkschaftliche Organisation gilt als international und staatsfeindlich, wird deshalb auch vielfach unterdrückt. Bei Streiks schickt sehr oft der Staat mit Truppen Arbeitswillige, läßt die Führer verhaften und löst die Organisationen auf. Die meisten Streiks, bei denen große Arbeitermassen in Frage kommen, sind fehlschlagen. Die international zusammengekauften Arbeitermassen war keine langen Kämpfe gewöhnt und nicht gewerkschaftlich eingestellt. Disziplin im unierem Sinne ist unmöglich, weil der Gedanke der Ein- und Unterordnung, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Pflichtbewußtsein des einen für den anderen, fehlt. Die leere, materialistische Einstellung im Kampfe um Lohnhöhe machte bei den Massen der Arbeiter, wie z. B. in der Automobilindustrie, zum Feindschlag führen. So ging der große Kampf 1920—21 verloren. Einzelne Gruppen, wie Eisenbahner, Maurer, Friseur, Schneider, konnten und können heute noch Teilerfolge aufweisen. Hier ist die individuelle Ersparnis der Arbeiter möglich, die gewerkschaftliche Einstellung besser. Auch die Bergarbeiter können von einer guten Organisation sprechen und Erfolge erzielen. Trotzdem waren hier in letzter Zeit mehrere unglückliche Lohnbewegungen. Die kommunistische Zerstückelungsarbeit und der Jellenbau der neuesten Zeit ist sehr stark fühlbar, und darin liegt ohne Zweifel ein Stück des Feindschlages gewerkschaftlicher Unternehmungen.

Die geistige Einstellung des Amerikaners ist die Freiheit ohne jede Bindung, auch nicht gewerkschaftlich. Der Kampf der Gewerkschaften gilt als Kampf gegen die Freiheit des Volkes!

Ein weiterer Grund sind die sprunghaften Konjunkturerhältnisse, die die Massen monatlich außer Arbeit setzt. Unterstützungen von Staats wegen gibt es nicht, in seltenen Ausnahmen nur für Wärrer. Die Wirkung solcher Verhältnisse auf die Organisation ist klar.

Dazu tritt noch die Taylorisierung sämtlicher Gewerbegebiete, welche die Facharbeiter heimatlos ausschaltet. Nur die Tool and Dymaner (Werkzeug-, Schnitt- und Stangenmacher) in der Metallindustrie, die eine verhältnismäßig kleine Gruppe darstellen, können als solche betrachtet werden. Die große Mehrzahl sind „angeleitete Kräfte“. Eine Lehrzeit in unserem Sinne ist nirgends anzutreffen, dafür aber geht der Schulbesuch bis zum 16. Lebensjahre. In den meisten Betrieben arbeiten nur Tool and Dymaner im Stundelohn; deshalb ist hier die Entlohnung auch entsprechend höher. Dagegen hat letztgenannte Arbeiterkategorie viel Ueberzeitarbeit und von allen Gruppen beste Arbeitsgelegenheit.

Die Entlohnung der Dymaner beträgt im Anfsange 60—75 Ct., später nach eigener Bemühung 80—90 Ct., nach Jahren kann ein Steigen bis 1 Dollar und mehr in Frage kommen. Die meisten Fabrikanten bezahlen nicht mehr als 85—95 Ct. die Stunde. Angeleitete haben in den meisten Fällen 40—45 und auch 50 Ct., jedoch muß gewaltige Leistung vollbracht werden. Es bestehen Stundaktorde.

Maurer und Zimmerleute der Union (Gewerkschaften) haben bis 1,50 Dollar (Newport) je nach Art. Putzher (Messer) verdienen

bis 45 Dollar die Woche. Der allgemeine Durchschnittslohn beträgt 25—45 Dollar bei Vollarbeit. Daselbe haben Taylors (Schneider). Besser stehen Goldschmiedearbeiter mit 45—50 Dollar die Woche nach 60- und mehrstündiger Arbeit. Schuster können 30—35 Dollar verdienen, Bergarbeiter kommen ebenfalls auf 30 bis 40 Dollar die Woche. Alle diese Arbeiten sind mehr oder weniger angeleitet, weil Taylorisiert. Einzig die Tool and Dymaner haben vollen Beruf zu tun, d. h. alle in ihrem Fach vorkommenden Arbeiten muß jeder einzelne leisten können, um als Dymaner bezahlt werden zu können. Von der Zeichnung bis zum Konstruieren ist alles seine Arbeit. Hobeln, bohren, fräsen, schleifen, drehen, schmeiden müssen ihm geläufig sein. Daher wird das Gros dieser Arbeiter von England und Deutschland gestellt. Nur wenige andere sind zu finden.

Die gewöhnlichen Hilfsarbeiten werden mit 40—55 Ct. pro Stunde bezahlt bei durchweg 9—11 Stunden Arbeitszeit und 3—4 Stunden freiwilliger Mehrarbeit. Das trifft übrigens auf die meisten Betriebe zu.

Der kaufmännische Angestellte ist sehr schlecht bezahlt und wird in allen Fällen angeleitet. Jeder Hilfsarbeiter kann auf eine Office kommen, weil das Taylorisierte Bürosystem das ermöglicht und Kapital erspart! Die Bezahlung beträgt pro Woche 15—25 Dollar, manchmal auch 30 Dollar nach mehrjähriger Praxis. Kunst- und Wissenschaftler können verdienen, wollten sie von ihrem Berufe leben. Nur sehr wenige haben Glück, und zwar mit Hilfe anderer, nach Jahren harten Kampfes selbständigen Boden zu erringen. Die Mehrzahl, neun Zehntel, müssen zu niedrigsten Hilfsarbeiten greifen, sich anlernen, um ihr Leben zu erhalten. Viele kommen dabei freiwillig um. Bekannte große Komponisten u. Opernsänger aus Süddeutschland, große Kapellmeister und Dirigenten aus Thüringen und Rheinland sind heute mit niedrigster Arbeit beschäftigt mit kärglichem Lohn und harter Arbeit.

Unterricht und übertriebene Hoffnung, falsche Scham und Eingebildetheit haben beste deutsche Kräfte schon vernichtet. Darum lücht in tiefes Dunkel!

### Oberschlesisches Gewerkschaftsleben

Wenn irgendwo die Arbeiterchaft noch einen weiten Weg gehen muß, um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu erwirken, so in Oberschlesien.

Die Eigenart der dortigen Verhältnisse war einer ausgedehnten Werber- und Reformtätigkeit zugunsten der Arbeiterchaft hinderlich. Wenn es in den Jahren 1919—1920 hauptsächlich politische Umstände waren (Nachwehen der Revolution, internationalisierte Bezahlung, Abstimmung über die Landeszugehörigkeit, Grenzziehung usw.), so waren es in der Folgezeit bis zur Gegenwart im wesentlichen die infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse ausgebrochenen Arbeitskämpfe (1920 und 1923 im Ratiborer Gebiet; im März, Juni und Oktober 1923, sowie Januar, Mai und Juni 1924 im engeren Industriegebiet), welche die Störungen des Wirtschaftslebens verursachten und dadurch die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter vielfach unwirksam machten. In gewisser Beziehung hat auch die weitere politische Entwicklung der Verhältnisse auf die Bestrebungen zur Verbesserung der allgemeinen Lage hemmend eingewirkt. Man erinnere sich nur an die verschiedenen Wahlen und Abstimmungen, die nach und nach der unglücklichen Grenzziehung (Juli 1922) im deutsch verbliebenen Teile Oberschlesiens notwendig waren.

Ergeben sich also schon aus solcher Grundlage tausendfältige Schwierigkeiten für eine zielbewusste Gewerkschaftsarbeit, die erforderlich ist, um der Arbeiterchaft zu gegensätzlichem Fortschritt zu verhelfen, so umso mehr, wenn in dem gleichen Gebiete, das unter den vorstehend geschilderten Wirren zu leiden hatte, auch noch die übrigen Schichten der Bevölkerung begründeten Ansprüchen der Arbeiterchaft nicht nur verständnislos, sondern überwiegend leidet sogar feindselig gegenüberstehen. Daraus ist für jeden ersichtlich, daß noch vielseltige Arbeit zu leisten ist, um in den ober-schlesischen Industrien das zu erreichen, was aus christlich-sozialen Rücksichten unbedingt geschehen muß.

Unvergleichliche Zustände hatten sich in der Metallindustrie Ratibors entwickelt. Seit 1918 hatte sich dem an sich schon schwer zu behandelnden Ratiborer Wöllchen ein gewisser Kapitalismus bemächtigt, der sich seit 1920 bei einem großen Teil der Arbeiterchaft in einer Art und Weise bemerkbar machte, durch welche sie bei den Lohn- und Arbeitsverhältnissen ins Hintertreffen geriet.

Mit Radikalismus führt man aber keine Arbeiter zum Sieg, sondern nur durch Vernunft und richtiges Abwägen der Möglichkeiten. Aber dafür ist bei den Sozialisten und am wenigsten bei den Sozialisten Ober-schlesiens Sinn gewesen. Das zeigte sich ganz besonders, als ein militärischer U. S. P. D.-Mann die Leitung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes in Ratibor übernahm. Die frühere enge Anlehnung bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an den jeweiligen Stand der Industrieverhältnisse in Ober-schlesiens wurde immer loser.

Im November 1920 gab es einen von Syndikalisten geführten Streik, und die Hege gegen die Gewerkschaften erliefte schon größere Teile der Arbeiterchaft. Sie verlor infolgedessen zahlreiche Sympathien in der breiten Öffentlichkeit. Die dortigen Arbeitergeber versuchten diese Schwäche geschickt auszunutzen. Sie hielten sich nicht mehr streng an die tarifliche Abmachung. Das löste von neuem die Erbitterung der Arbeiter aus. Im Mai 1921 kam es nochmals zur Arbeitsniederlegung. Damals war es unstrittig das Verdienst der geschickten Verhandlungsführung des christl. Metallarbeiterverbandes, daß sich diese Bewegung nicht unnötig weiter ausbreitete und ein voller Erfolg für die Ratiborer Metallarbeiter erreicht wurde. Die Beilegung der Bewegungen im November 1920 und Mai 1921 können die christlich organisierten Metallarbeiter, obwohl an Zahl denjenigen der Roten unterlegen, berechtigterweise für sich als höchstwertvolles Ergebnis buchen.

Im September 1921 wurde in Ratibor eine eigene Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes errichtet. Die weitere gewerkschaftliche Bearbeitung des dortigen Gebiets lag danach hauptsächlich in den Händen der Ratiborer Kollegen. War nun die Hoffnung berechtigt, daß durch die eifrige Mitarbeit und wachsame Leitung dem christlichen Gewerkschaftsgedanken eine noch größere und überzeugte Anhängerchaft gewonnen werden könnte, so wurde diese Hoffnung leider getäuscht. Die Verhältnisse waren dort färlter als der gute Wille der Kollegen.

Die Sozialisten erreichten ihr Ziel, nämlich bei tariflichen Abschlüssen die Ratiborer Industrie aus gewissen partei- und verbandstaktischen Rücksichten an die Breslauer anzugliedern. In der Folgezeit stellte sich heraus, daß der von christl. Metallarbeiterverband erhobene Protest dagegen gar sehr berechtigt war. Wurde doch später die Gewährung von Soziallöhnen erheblich eingeschränkt. Auch im übrigen gestaltete sich das Verhältnis der Löhne gegenüber denjenigen benachbarter Industrien bedeutend ungünstiger. Außerdem erfolgte eine Umgruppierung in der Lohnordnung, die vielen Arbeitern ihre frühere Stellung verschlechterte. Eine solche Entwicklung der Lohnverhältnisse führte zu einer gespannten Stimmung in der Arbeiterchaft, die ihren Ausdruck in einem vom sozialistischen Metallarbeiterverbande proklamierten Streik fand. In einer Zeit schlechter Wirtschaftslage war derselbe für die Unternehmer angefallen der zunehmenden Geldentwertung leichter auszuhalten als je. Die Grundregel, nur bei starken finanziellen Mitteln gewerkschaftliche Kämpfe bei vorhandener Aussicht auf Erfolg zu führen, wurde auch hier, wie leider so oft auch schon andernorts, nicht beachtet. Das, was durch den Streik gewonnen wurde, ging durch den mehrwöchigen Lohnausfall verloren. In solchen Linien, wie die hier geschilderten, wurde durch den Einfluß der sozialistischen Gewerkschaften die Ratiborer Arbeiterchaft geführt, aber ins Unglück hineingeführt.

Die Ratiborer Arbeiterchaft hatte sich nicht in solcher Zahl derjenigen Führung anvertraut, die nach christlichem Willen und Verantwortungsbewußtsein für das allgemeine Volkswohl wirkt, um Schäden für die Arbeiterchaft zu verhindern. Deshalb konnten die Ratiborer Arbeiter zum Zug um Zug die Verbrennung der Arbeiter schmätern und die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Dabei ist von allem in die Arbeiterchaftsleitung erinnert. Ohne die Mitwirkung der Arbeiterräte wurden die Bestimmungen dafür getroffen. Unter größter Anspannung erzielten trotz anstrengender Arbeit selbst die tüchtigsten Kollegen nur geringe Verdienste. In großem Gegensatz dazu wurde aber für die Kolonnenführer ein gewisses Prämienystem eingeführt, das den früheren Anreizermethoden gleichzusetzen ist.

Diesen Verhältnissen scheint aber die Arbeiterchaft Ratibors immer noch tatenlos zusehen zu wollen. Wenn es anders, wenn es insbesondere besser werden soll, dann ist es höchste Zeit, daß sich die dortigen Metallarbeiter aus Gründen der Selbstbehaltung daran erinnern, wodurch sie zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen gelangen können. Erste Pflicht muß es für sie sein, das nachzuholen, was sie veräußert haben, d. h. sie müssen sich nachgeben als christl. Metallarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.

### Unsere alten Kämpen

Wir haben schon verschiedentlich die „Alten“ gebeten, ihre Erinnerungen aus der Gründungszeit des Verbandes zu Papier zu bringen. Aus allzu großer Bescheidenheit haben sie es bis jetzt abgesehen, über sich etwas zu schreiben. Aber aus Anlaß des Verbandesjubiläums mußten sie nun mal „in den letzten Akten“ befragen. Unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber, und auch Kollege G. Döring, haben entweder in Briefform oder in Artikeln aus ihrem Leben geschrieben. In den folgenden Zeilen unseres Organs wollen wir noch verdienstvolle „aufmarschieren“ lassen. Es wäre unangebracht, wenn ihre Erinnerungen nicht in der Arbeiterwelt lebendig erhalten werden sollen. Denn letztlich nicht das Beispiel, und das haben die Alten im höchsten Maße gegeben. Die heutige Generation aber muß den Alten nachsehen, dann wird die Bewegung stets jugendfrisch bleiben. Wir beginnen die Erinnerungen mit denen des „alten Adam“.

Adam Reyer.

Als wir unter Führung des Kollegen Wieber gegen Ende des Jahres 1887 Anfang 1888 daran gingen, in Duisburg den Formschneiderverein zu gründen, welche in sozialer Beziehung ein ganz anderer Wind wie heutzutage. Obwohl unser Statut kuglerweise möglichst harmlos gehalten war, fand es bei der Behörde keine Gegenliebe, wenn man ihn auch die Genehmigung nicht verweigern konnte. In den Augen der Unternehmer wurde damals ein jeder als ein Revolutionär angesehen, der es wagte, eine etwas selbständige Regelung zu haben. Die Agitation für unsere Fachorganisation mußte daher äußerst vorsichtig und behutsam betrieben werden, um sich nicht von vornherein der Gefahr der Maßregelung auszusetzen.

Trotzdem hatten die Duisburger Unternehmer bald Bitterung bekommen von den Dingen. Zunächst wurde nun versucht, durch päpstliches Jutreden die Bewegung zu unterdrücken. Als dieser Versuch keinen Erfolg zeitigte, wurden sehr bald andere Seiten angegriffen. Fast täglich bekamen wir zu fühlen. Dabei lag eigentlich nicht die geringste Veranlassung vor, denn Forderungen irgend welcher Art waren noch nicht erhoben. Lediglich die Tatsache, daß wir uns in einer Vereinigung zusammen gefunden hatten, genügte den Unternehmern, um uns zu drangsalieren. Schon gegen Ende des Jahres 1889 kam es zu einem härteren Konflikt. Neben dem Kollegen Wieber erschienen der Kollege Prockerhoff und ich die Kündigung und bei der Entlassung erklärten sich die übrigen Kollegen solidarisch. Der Kampf dreht sich lediglich um das Organisationsrecht und wurde mit größter Zähigkeit während fünf Monate lang durchgeführt. Die Einzelheiten während dieser Kampfszeit hat bereits der Kollege Wieber in seinen

Erinnerungen treffend geschildert. Von den Opfern, die dieser Kampf den Beteiligten auch noch in den Folgewirkungen auferlegte, machen sich die Kollegen heute kaum eine Vorstellung. Für mich waren z. B. seit diesem Streik die Fabriktore in Duisburg verschlossen, jedoch ich gezwungen war, in den benachbarten Orten Oberhausen, Mülheim, Essen und Gelsenkirchen Arbeit zu suchen. Die Verkehrsverhältnisse waren damals erheblich schlechter als heute. Die Familie jedesmal bei einem Stellungswechsel folgen zu lassen, war unmöglich. Trotz langer Arbeitszeit mußte die tägliche Fahrt mit in Kauf genommen werden. Daneben galt es dann noch für die Organisation zu schaffen. Ich gehörte zu jenen, die während des Kampfes auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. In Duisburg fand sich damals kein Rechtsanwalt bereit, unsere Sache zu vertreten, weil wohl alle den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Boykott fürchteten, wenn sie sich bereit gefunden hätten, sich mit uns „Verhandeln“ einzulassen. Aber unser alter Franz ließ nicht locker. Bis zur höchsten Inflation wurde der Prozeß durchgeföhrt. Der Kollege Wieber erklärte mir damals nach Erledigung des Prozesses: „Adam, durch dich habe ich die ersten weißen Haare bekommen.“ Ob er nun dabei an meine schon damals zahlreiche Familie gedacht hatte, oder ob unser Draufgängergeist ihm Sorge machte, habe ich nicht zu errönden versucht. Jedenfalls wars so, daß wir nun nach diesen bitteren Erfahrungen nicht etwa die „Ohren hängen“ ließen, sondern jetzt erst recht entschlossen waren, unsere Sache vorwärts zu treiben. Bei einem Verhör begann der Anseigewaltige von Duisburg mit den Worten: „Sie sind auch einer von jenen, die auf der Straße herum lungern und sich abförmern lassen.“ Von mir darauf aufmerksam gemacht, daß der Ausdruck „abförmern“ doch unter gebildeten Menschen nur mit Bezug auf das Vieh angewandt würde, war Bezanlassung genug, das Verhör abzubrechen, um den „Anbotmähtigen“ einige Stunden einzulassen.

Die Formschneiderbewegung hat sich allmählich über das ganze Industriegebiet ausgebreitet. Stark beeinflusst durch den Zugang sozialistisch durchsehten Gegenden, ist sie dann aber gegen den Willen der christlichen Arbeiter ins sozialdemokratische Fahrwasser geraten. Die Duisburger Gruppe blieb ihrer ursprünglichen Einstellung treu und führte als Lokalsozialorganisation ihr Eigenleben.

Als im Jahre 1899 unser christlicher Metallarbeiter-Verband gegründet war, lautete die Parole für uns in verstärktem Maße, Agitation und normaler Agitation. Neben der Arbeit für den Verband galt es aber auch noch die erforderliche Kleinarbeit für die damals ebenfalls gegründete eigene Tageszeitung, das „Echo vom Riebertreue“ zu leisten. Freizeut, etwa zur Erholung usw., konnten wir in den Jahren nicht, sondern die Zeit, die uns neben der Berufsarbeit verblieb, wurde restlos der Bewegung gewidmet.

Die ganze Arbeit wurde allein aus Idealismus geleistet. Jemande welche Entschädigungen, selbst den Ertragbarer Auslagen, kannte man damals nicht. Der Erfolg blieb denn auch nicht aus. Schon im Jahre 1904 konnte neben den an der Zentrale schon vorhandenen freigestellten Kräften auch die Ortsverwaltung bereits einen Kollegen als Sekretär freistellen. Das Amt wurde mir übertragen. Hier möge mir eine kurze Zwischenbemerkung erlaubt sein zur Belehrung derjenigen, die oft mißgünstig den Gewerkschaftsangelegten verfolgen. Die Gewerkschaftsangelegten sind mit Bezug auf die Befoldungsverhältnisse nie auf Rosen gebettet gewesen. Zu der damaligen Zeit bedeutete darüber hinaus die Übernahme eines solchen Amtes ein direktes, fühlbares Opfer für den Gewerkschaftler.

Die Gewerkschaftsarbeit spielte sich damals etwas anders ab wie heute. Das damalige Aufgabengebiet läßt sich kurz durch drei Worte darstellen und zwar: Agitation, Aufklärung und Erziehung. Man berücksichtige die ungeheuren Widerstände gegen den Organisationsgedanken in der Arbeiterchaft selbst. Dennoch wird der tägliche Arbeitsplan des Verbandsbeamten in der Regel folgender: Morgens 5—7 Uhr am Fabrikort zur Verteilung von Flugchriften oder Verammlungseinladungen. Dieses war nicht selten mit abenteuerlichen Erlebnissen verbunden. Dabei spielten Wächter, Polizeibeamte, bewaffnete Portiers und selbst Fabrikdirektoren oder sonstige Gewaltige aus den Betrieben eine Rolle. Mit der einen Hand die Zettel verteilend und mit dem anderen Arm sich seiner Feinde erwehrend, stand er da — der Gewerkschaftssekretär. Wie manchem Spießer ist das Grauseln überkommen, wenn er nur dieses Wort hörte. Und die Arbeiter? Die Zahl der Freunde war klein und sie mußten vorsichtig zu Werk gehen, denn auf Schritt und Tritt wurden sie beobachtet und es drohten Gefahren. Schwarze Listen und sonstige Mittel waren bei den Unternehmern sehr beliebt. Die Massenfeile konnte man beim Zettelverteilen wohl mit am besten ergründen. Ein Teil war stumpfsinnig und vollkommen unzugänglich. Wieder ein Teil betrachtete die Organisierten und deren Bemühungen mit mitteilidigen Blicken, so etwa, als wenn sie uns nicht ganz für zurechnungsfähig gehalten hätten. Wie kommt ihr armen Kerle es wagen, gegen die „Allmacht“ des Großkapitals etwas unternehmen zu wollen. Und die dritte Garnitur war wohl die widerlichste — jene Schmierlappen, die aus persönlich egoistischen Gründen, um sich eine „gute Nummer“ beim Unternehmer zu verschaffen, offen feindselig zeigten oder heimlich Verräterdienste leisteten.

Wenn so des morgens mit Hilfe des gedruckten Wortes der Organisationsgedanke in die Betriebe getragen war, dann war über Tag neben der Büroarbeit ein gut Teil der Hausagitation gemeldet. Diese Hausagitation hat sich gerade in schwierigen Zeiten als die wirksamste Agitationsmethode erwiesen. Das wert

### Kommt die Einsicht?

In der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des sozialistischen Allg. D. G. B. vom 6. September 1924 schreibt Albin Freitag unter „Zur Kritik in der Gewerkschaftsbewegung“:

„Es gibt Gewerkschaften in Deutschland, die in ihrer Demokratisierung und Radikalisierung in den letzten Jahren zweifellos weit gegangen sind und deren zahlenmäßige Stärke auch Kräfte in sich birgt. Aber, hat denn eine dieser Organisationen praktische Vorteile davon gehabt? Ich sage nein! Denn deren Verluste an Mitgliedern sind proportional am stärksten und auch dort, wo sich schon die zentrale Leitung schärfer eingestellt hat, ist es sehr schlimm.“

Die Enttäuschung der Zugelassenen nach dem Kriege mußte diese Wirkung haben, nur wollten es rechtzeitig manche Gewerkschaftler und Politiker nicht glauben.“

„... besonders aber, und das halte ich für die Grundlage des Wiederaufbaues jeder Gewerkschaft, muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der politische Kampf, der politische Einfluß aus den Gewerkschaften entfernt werden. Gewerkschaften, die diese Grundlage nicht schaffen, tragen den Todesstein in sich und schädigen die gesamte Gewerkschaftsbewegung.“

„Sehr richtig! Nur haben bis heute die sozialistischen Gewerkschaften sich parteipolitisch so fest an die sozialistische Partei gekettet, daß sie kaum davon loskommen werden. Ja, wenn die sozialistischen Gewerkschaften statt der Parteipolitik nur etwas Staatspolitik betrieben hätten, dann stände es wahrlich besser um sie.“

### Wirtschaftliche Rundschau

Nach den einlaufenden Berichten hat die Belegung der Wirtschaft in den letzten Wochen weitere Fortschritte gemacht. So werden Besserungen gemeldet aus den Betrieben der Eisenindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Nach der „Deutschen Bergwerkszeitung“ sollen die Aufträge zeitlicher eingehen. Auch die Preise auf dem Eisenmarkt zeigen steigende Tendenz. So werden zurzeit im Durchschnitt gefordert für:

Worblände	98—100
Rußpfeil	106—107
Plattisen	108
Stabeisen	115—117
Formeisen	111—112
Unterfalleisen	125
Bandblech	150
Grobblech	130
Mittelblech	145
Feinblech über 1 mm	165
Feinblech unter 1 mm	180
Walzdraht	127,50—130
Gezog. Draht (blank)	15,50
Gezog. Draht (verzinkt)	19,50

Von den Werken werden diese Preise noch als verlustbringend angesehen. Einige Werke sollen deshalb den Verkauf gesperrt haben. Im Hinblick auf die Preisgestaltung sind auch die Bestrebungen zur Bildung des Rohstoffverbandes bedeutsam. Es scheint, daß ja nun die größten Schwierigkeiten: Meinungsverschiedenheit über Beteiligungsziffer der einzelnen Werke, Anpassung an den jeweiligen Marktbedarf usw. überwunden seien. Nach den Berichten industrieller Zeitungen sollen bereits sämtliche Stahlerzeuger bis auf wenige dem Vertrag beigetreten sein. Besonders lebhaft wurde in der letzten Zeit die Frage, ob nationale Begrenzung oder internationaler Verband diskutiert. Insbesondere war verschiedentlich im Zusammenhang mit der französischen Schwerindustrie genannt worden. Wie indes neuerdings die „Industrie und Handelszeitung“ mitteilt, sollen diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Diese Bestrebungen sind sicher mit demanthat durch die starke Ungleichheit der Preise in den einzelnen Ländern, über die nachfolgende Zusammenstellung interessanter Aufschluß gibt.

Es kosteten je Tonne zu 1000 Kilogr.

	Deutschland	England	Frankreich	Belgien
Rußpfeil	106—107 M	112.— M	93,50 M	95.— M
Stabeisen	115—117 „	142.— „	112,20 „	104.— „
Bandblech	150 „	206.— „	156,20 „	149,50 „
Grobblech	130 „	169.— „	156,20 „	129,50 „
Walzdraht	127,50—130 „	206.— „	209.— „	182.— „

Man sieht also, es sind starke Unterschiede in den Preisen. Im allgemeinen stehen unsere deutschen Preise so weit zurück, daß sehr wohl die Möglichkeit zu einem Herausweichen unserer Preise besteht, ohne daß dadurch die Gefahr eines Ueberstehens der Weltmarktpreise droht. Damit ist aber auch die Möglichkeit zu einem größeren Entgegenkommen der Werke in Lohnfragen gegeben.

den alle Kollegen bestätigen, die sie ernstlich betrieben haben. Es sei mir gestattet, einen charakteristischen Fall — einen von vielen — besonders zu erwähnen. Als ich eines Tages einen Kollegen in der Wohnung aufsuchen wollte, da wurde ich in der Haustür von der sehr herbeiziehenden Frau mit dem Schrubber in der Hand empfangen. Und als sie erst hörte, weshalb ich gekommen war, da wats ganz vorbei — nur der Umstand, daß ich doch etwas kräftiger war, führte dazu, die „Waffe“ den Schrubber, unwirksam zu machen. Nachdem sie nun zunächst ihren Großvater vom Herzen geredet, wurde mir der Zutritt zur Wohnung gewährt, wo der Mann hinterm warmen Ofen saß. Als ich nun Gelegenheit fand, das Für und Wider einsehend zu erörtern, da endete die Unterredung mit einer gründlichen Predigt der Frau an die Adresse ihres Herrn Gemahls und mit der strikten Aufforderung, sich fernerhin fleißig am Gewerkschaftsleben zu beteiligen. Das beste Kreundchaftsverhältnis hat sich später zwischen mir und dieser Familie eingestellt.

Des Abends war man in Versammlungen und Konferenzen zur Aufklärung und Erziehung tätig. Das ist auch heute noch so. Leider sind in den letzten Jahren infolge der sich überkürzenden Lohnbewegungen, die erzieherischen und bildenden Aufgaben etwas in kurz gekommen. Nach heute wird das bereits im großen Umfang wieder nachgeholt.

Bei der ersten Lohnbewegung, die ich zu leisten hatte, wurde auch der Versuch unternommen, den Streik durch direkte Verhandlungen mit dem Unternehmer zu beenden. Als ich dem Herrn auf die „Bude“ riefte, hat er uns mit einem kräftigen Kräftstock in der Hand empfangen und bedeutet, daß ich die Wahl habe zwischen einem sofortigen „Recht maria“ oder der Empfangnahme einer ordentlichen Portion Prügel. (Er lasse sich von den Gewerkschaftlern nicht „as et Pötsch höre“ (Auf das Töpfchen heben).) Wie unvernünftig dieses war, beweist die Tatsache, daß dieser Betrieb infolge des Kampfes dauernd zum Erliegen kam.

Als ich 1899 mit mehreren Familien ein Haus bewohnte, da mußte man gegenständig, das ist ein organisierter Sozi und es wurde streng vermischt, mit mir in Führung zu kommen.

Gegenüber jenen Zeiten hat sich nun heute vieles geändert und es ist besser geworden. Die Gewerkschaften sind heute öffentlich anerkannt und geachtete Körperschaften. Die Vertreter der Arbeiterchaft sitzen heute gleichberechtigt bis in den höchsten Stellen des Reiches. Aber auch heute gibt es noch so viel Not und Elend. Wir sind zwar voran gekommen, aber noch lange nicht am Ziel mit unsern Bestrebungen. Darum richte ich meine Bitte besonders an die jüngeren Kollegen. Helft mir, sorgt dafür, daß der alte Realismus wieder auflebt. Wenn das geschieht, dürfen wir vertrauensvoll in die Zukunft schauen.

## Voraussetzungen der Produktionspolitik

Die Durchführung einer Wiedergutmachungspolitik auf Grund des Dawes-Gutachtens bzw. Londoner Abkommens wird an die Kräfte des deutschen Volkes außerordentliche Anforderungen stellen. Da uns Kapitalien heute nicht mehr zur Verfügung stehen, aus denen wir die übernommenen finanziellen Leistungen bestreiten können, wird es in erster Linie das Arbeitskraftvermögen sein müssen, das dem Zwecke der Wiedergutmachung zu dienen hat. In diesem Sinne werden wir eine wohlgedachte Produktionspolitik treiben müssen, die nicht etwa in erster Linie durch Arbeitszeitverlängerung und damit Mobilisierung der physischen menschlichen Kräfte die bei der eigenartigen Lage des deutschen Volkes notwendigen Gütermengen schafft, sondern vor allem auch durch Maßnahmen der Technik und Betriebsorganisation. Die Mittel mechanischer Produktionssteigerung aber wird der menschliche Arbeitsfaktor dann wirkungsvoll ergänzen können, wenn er durch Weidung der Arbeitsfreude und Schaffenslust besonders lebhafte Antriebe erhält. Dem Arbeitnehmer das Gefühl zu vermitteln, daß er in dem gewaltigen Räderwerk des geselligen Prozesses nicht mehr lediglich Ware oder Produktionsmittel, sondern mitbestimmender Wirtschaftsbürger ist, soll die Wirtschaftsdemokratie berufen sein.

Nun wird man gegen diese und ihre künftige Zweckmäßigkeit als Produktionsförderungsmittel vielleicht einwenden, daß sie in ihren mannigfachen Formen, Betriebsräte, Arbeitsgemeinschaften, Selbstverwaltungskörper u. a. nicht den Erwartungen entsprechen habe, die man namentlich auch in sozialistischen Kreisen auf sie gestellt habe. Daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllt haben, wird von ehrliehen Sozialisten selbst zugegeben. In der Kölner Sozialistischen Vierteljahresschrift (1924 III) führt Dr. A. Striemer aus, wie hier von Anfang an die sozialdemokratische Oberleitung versagt habe: „Die republikanische Arbeiterregierung, vorwiegend aus Gewerkschaftsführern gebildet, segelte Wolkendampf voraus auf dem Gebiete der Sozialpolitik, das sie sachlich und sachlich einigermaßen beherrschten, über dessen Zusammenhang mit der Wirtschaft sie aber recht wenig wußten. Hier entstand der Bruch, der zum Verhängnis geworden ist. Die regierenden Gewerkschaftsführer waren als Sozialpolitiker Fachleute, als Wirtschaftspolitiker Dilettanten, denn sie hatten vorher niemals Gelegenheit gehabt, verantwortliche Arbeit auf dem Gebiete der Produktion von Gütern und ihrer Verteilung durch den Markt zu leisten, sondern besaßen nur Kenntnisse theoretischer Natur, und zwar einseitiger marxistischer Schulung. Sie besaßen nichts weiter als das Schlagwort von der „Wergewerkschaft der Produktionsmittel“, der Sozialisierung. Was aber war notwendig? Nicht fachkundige Sozialpolitik und laienhafte Wirtschaftspolitik, sondern „wahrhaft soziale Wirtschaftspolitik“, einheitliche, durch soziale Entfaltung produktionsfördernde Wirtschaftspolitik.“ Wenn das am grünen Holze, den Führern geschah, was wollte man da viel vom dürrten, den breiten Massen, erwarten?

Will man hier zu einem gerechten Urteil gelangen wollen, so wird man unseres Erachtens dabei folgendes nicht übersehen dürfen. Das durch den Krieg in seinem äußeren Umfang beschmälerte, in seinen Produktionsgrundlagen Roh- und Hilfsstoffen, seinem Handel und Verkehr, also in seinen Lebensbedingungen wesentlich veränderte Deutschland, das seiner politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung teilweise beraubte, starken außenpolitischen Einwirkungen ausgelegte Deutschland, dessen Wirtschaft schließlich den Zuständen einer nie erlebten Währungszerstörung völlig zu erliegen und Millionen von Menschen auf Haarschärfe in den Abgrund zu ziehen drohte, bot für die Betätigung und Bewahrung echter Wirtschaftsdemokratie, wesentlich ungünstigere Unterlagen als das wohlhabende, in seinen Grundlagen gesättigte, politisch unabhängige stolze Reich vor dem Jahre 1914. Dementsprechend auch die Menschen! Mit ausreichend ernährten und gekleideten, in ihren Lebensverhältnissen sich geborgen fühlenden Arbeitnehmern wird der Wirtschaftsführer ganz anders ver-

fahren und zusammen arbeiten können, als mit solchen, die am Körper geschwächt, seelisch verbittert aus dem Kriege zurückgekehrt waren oder während desselben der Zucht einer ordentlichen Arbeit und Erziehung entbehrten hatten, und die insbesondere mit zunehmendem Währungszerfall fast ausschließlich von der Sorge um den unmittelbaren Lebensbedarf gepeinigt wurden. Dazu kam endlich, daß diese körperlich degenerierten, innerlich nervös schwankenden ganz anders politischer Verführung zugänglich waren und sich für die Erwägungen von Wirtschaftseinheit und Wirtschaftsvereinigung weniger aufnahmefähig erweisen mußten als jener politisch bedächtigeren, nachdenklicheren Arbeiter, der eine gewisse Stillschaltung und Standesbewegung der Vorkriegszeit hinter sich hatte und damit Berufsstolz und Berufsehre in sich trug.

All diese Umstände, die hier nur angedeutet seien, mußten für eine völlige Wirtschaftsdemokratie ganz andere Voraussetzungen, in diesem Falle einen weniger geeigneten Boden schaffen, als sie in dem Vorkriegsdeutschland festzustellen gewesen wäre. Das ist nicht nur betrifft der Arbeitnehmer zu sagen, sondern auch für die Arbeitgeber, die Unternehmer. Für eine große Reihe von ihnen, namentlich die älteren, kam im ersten Augenblick der Umschwung zur völligen Wirtschaftsdemokratie fast zu unermittelt, als daß sie entsprechenden vollen seelischen Anschluß hätten zu finden vermögen. Aber sieht man hier von ab, so liegt die Unpunkt der Wirtschaftsverhältnisse, die auch hier durch Währungszerfall und höchste Sorge um eine einigermaßen befriedigende Inganghaltung und Erhaltung der Unternehmen bestimmt wurden, es hier zu einer seelisch mehr ausgeglichene Einstellung und Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsdemokratie nicht kommen. Auf beiden Seiten waren also die Vorbereitungen in dem ausreißenden Maße nicht gegeben, die man normaler Weise für eine sachliche Erprobung und möhltätige Auswirkung der Wirtschaftsdemokratie als höchstes Ziel hätte erwarten und wünschen sollen.

Spricht also so für das bisherige Versagen der Wirtschaftsdemokratie eine Reihe von Entschuldigungsgründen, so wird man heute, wo wieder eine gewisse wirtschaftliche Befriedigung eingeleitet hat, um so mehr verlangen müssen, daß an Stelle der falschen Wirtschaftsdemokratie eine wahre echte gestellt wird. Das bejaht nach Striemer: „Daß sich die Menschen nicht bloß in die eine Form der Gesellschaft auf Grund von Verträgen finden, sondern auch in die andere, in die der Gemeinschaft, die auch in dem Spannungsausgleich von Gegensätzen besteht, wie alles Leben überhaupt...“

Der Sozialismus hat irrtilmüherweise geglaubt, daß auch in der Demokratie es allein mit gesellschaftlicher Ordnung ginge und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Umbildung der Wirtschaftsgesellschaft in die Gesellschaftswirtschaft genüge. Die Praxis hat bewiesen, daß es ohne Gemeinschaft eben nicht geht, und der Kampf aller gegen alle die Folge ist. Um aber zur Gemeinschaft zu gelangen und sie zu erhalten, muß eine Gemeinschaftskultur Wirklichkeit werden, die nicht durch eine Revolution von heute auf morgen entsteht, auch wenn die Menschen noch so oft in den Dreiklang: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit stimmen. Lohnkämpfe, Kämpfe um materielle Interessen, Gruppeninteressen, genügen keineswegs zur Entfaltung von Gemeinschaftsgefühl, wenigstens die Solidarität, die sie erfordern, erzieherisch wirken mag. — Das Gemeinschaftsgefühl muß aber darin bestehen, daß sich auch die sozialistische Arbeiterchaft mehr wie bisher mit der Wirtschaft verbunden, verantwortlich fühlt. Wahre Wirtschaftsdemokratie fordert nicht bloß, sondern auch zu geben, sie verkennt sich auch.

Nachdem die neue Zeit nach der politischen Demokratie auch die wirtschaftliche gebracht hat, werden diejenigen, in deren Händen sie ruht, nunmehr zu zeigen haben, daß sie dieselbe richtig zu gebrauchen wissen. Nur in diesem Falle kann sie zu einem wertvollen Instrument einer Produktionspolitik werden, die den Wiederaufstieg des deutschen Volkes bedeutet.

### Verbandsgebiet

**Wülheim-Ruhr.** Die Vertrauensleute der christlich organisierten Arbeiterschaft der Metallindustrie Wülheim nahmen in einer sehr stark besuchten Konferenz Stellung zu den für die Arbeiter heute im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen. Der örtliche Führer gab zunächst einen Bericht über die Lohn- u. Arbeitszeitverhandlungen und teilte mit, daß die beiden Schiedsprüche für verbindlich erklärt worden sind. In der Arbeitszeitfrage ist durch den Schiedspruch an dem gegenwärtigen Zustand nichts geändert worden. Es wurde lediglich eine Bestimmung vorgelesen, die besagt, daß die jetzige Regelung für den Fall, daß die Regierung eine Verordnung über Verringerung in der Arbeitszeit für die Schwerarbeiter herausgibt, mit 14-tägiger Frist gekündigt werden kann. Die im Schiedspruch vorgelesene Lohnhöhung bedeutet keinen ausreichenden Ausgleich für die eingetretene Verringerung der Lebenshaltung, kann aber immerhin als ein Erfolg gebucht werden. Redner berichtete dann über den Stand der Arbeitszeitfrage und konnte mitteilen, daß der Herr Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit der gegenwärtigen Reichsregierung entschlossen ist, schon in kürzester Frist eine Verordnung in den Arbeitszeitverhältnissen der Schwerarbeiter herbeizuführen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam er auf die Preisgestaltung zu sprechen. Die jetzigen Zustände seien für breite Schichten des Volkes gerade zu unerträglich. In der Nachkriegszeit sei aus den Kreisen der Produzenten und Händler stürmisch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangt worden, wie das auch jetzt z. B. mit Bezug auf die Wohnungszwangswirtschaft der Fall sei. Als man aber die Aufhebung der staatlichen Zwangswirtschaft erreicht habe, sei das vielgepriesene System des „freien Spiels der Kräfte“ durch private Organisationen fast reiflos ausgeliefert worden. Für verschiedene Waren steht jedenfalls einwandfrei fest, daß die heutigen Preise entschieden zu hoch und unberechtigt seien, aber durch Organisationsbeschlüsse und Zwang hochgehalten würden. Es besteht daher eine große Spannung zwischen Produzenten und Händler einerseits und den Verbrauchern andererseits, die, wenn nicht bald eine Verringerung eintrete zu einer Katastrophe führen könne. In der anschließenden Diskussion wurden die angeführten Fragen lebhaft besprochen und es zeigte sich, daß gerade in Bezug auf die Preisgestaltung und Lebenshaltungskosten wie auch in der Arbeitszeitfrage eine sehr gereizte Stimmung in Arbeiterkreisen vorherrschend ist. Nach längerer Beratung wurde das Ergebnis der Verhandlungen durch folgende einstimmig gefaßte Beschlüsse zum Ausdruck gebracht:

#### Zur Arbeitszeitfrage.

Die sehr stark besuchte Konferenz der Vertrauensmänner der christlichen Arbeiterschaft aus der Metallindustrie von Wülheim-Ruhr erwartet von der Reichsregierung die baldige endgültige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

Infolge des sozialreaktionären Verhaltens der Arbeitgeber war bisher auch unter Hinzuziehung der Schlichtungsbehörden, keine Verständigung in der Arbeitszeitfrage zu erzielen.

Die zur Zeit geltende Arbeitszeitverordnung bietet keinen hinreichenden Schutz für die Arbeiterschaft und muß daher baldigst geändert werden.

Bis zur Schaffung eines neuen Arbeitszeitgesetzes fordern wir auf Grund des § 1 der jetzigen Arbeitszeitverordnung für alle

Schwerarbeiter die Festlegung des achtstündigen Arbeitstages als Höchstgrenze.

Die gegenwärtige, den Arbeitern der Eisengroßindustrie aufzuzunehmene Regelung der Arbeitszeit ist kulturwidrig und für die Arbeiter wie deren Familien unerträglich. Sie bedeutet Raubbau an der Volksgesundheit und wird, auf weitere Sicht gesehen, auch der deutschen Wirtschaft zum Schaden gereichen.

Die christlichen Metallarbeiter erwarten weitgehendste Berücksichtigung ihrer Forderungen, die der Christliche Metallarbeiter-Verband in seiner Eingabe vom 1. Mai 1924 formuliert hat.

#### Zur Preisfrage.

Die Konferenz erhebt ferner schärfsten Einspruch gegen die unerhöht hohen Preise der Lebensbedarfsartikel.

Trotz den periodischen Berichten der Presse über Preislenkungsmaßnahmen der Regierung sind die Lebenshaltungskosten in den letzten Wochen erheblich gestiegen. Die Verschärfung steht einem großen Teil der Ursachen dieser Teuerung in der gewaltigen Zunahme der Handelstreiben und in den hohen Preiszuschlägen. Ein Abbau dieser vielfach unberechtigt hohen Preiszuschläge ist unbedingt erforderlich. Die Verschärfung erwartet von der Regierung schärfste Maßnahmen auf dem Gebiete der Preiskontrolle und eine bessere Tätigkeit der Kartellgerichte. Die Kreise, denen jedes Mittel zur Unterwühlung und Beseitigung der behördlichen Zwangswirtschaft recht war, haben vielfach durch Ringe und Kartelle eine private Zwangswirtschaft errichtet, die sich als die schlimmste Bedrückung der Verbraucherchaft darstellt. Die Arbeiterschaft steht heute in ihrem Eintommen auf einer Stufe, die Not und Elend für tausende Arbeiterfamilien bedeutet. Mit Recht fordert deshalb die Arbeiterschaft, daß auch die übrigen Volksschichten die Notlage der Arbeiterschaft berücksichtigen. Nur durch gerechte und erschwingliche Preise kann der Konsum in normale Bahnen gelenkt und die Produktion belebt werden.

**Berlin.** Unter starker Beteiligung beging unsere Ortsgruppe am 26. Oktober im großen Saale des katholischen Gesellenhauses die Jubelfeier des 25-jährigen Bestehens. Der Festrede, die Kollege Becher, M. d. N., hielt, schlossen sich Begrüßungsreden von ehemaligen Mitgliedern, die sich vor mehr oder weniger langer Zeit selbstständig gemacht haben, an. Sie stehen, was sehr erfreulich ist, immer noch mit dem Verband in Führung und leisten durch Unterstützung des Arbeiterbedarfs unserer Sache wertvolle Dienste. Der Präses des katholischen Gesellenvereins, Herr Pater Siebers, feierte das gute Verhältnis, welches zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Gesellenverein besteht und forderte die Anwesenden zu einem Hoch auf das fernere Blühen und Gedeihen des Verbandes auf. Herr Pfarrer Ungnad, der beliebte Vorsitzende des Verbandes der evangelischen Arbeitervereine, war dienlich am Erscheinen verhindert. Ein herzlich gehaltenes Glückwunschschreiben von ihm erhielt eine schöne Widmung. Eine Anzahl junger Kollegen hat es verstanden, mit eigenen Leistungen die Besucher zu unterhalten. Von den Jubilaren war der große Kollege Hartleb durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Kollege Herzog, der Hauptfahnenführer und Mitbegründer der Berliner Ortsgruppe, hatte sich schriftlich entschuldigt.

Unserm Verbandsvorsitzenden als Jubilar beehrte die Festversammlung mit nachstehendem Telegramm:

„Die heute aus Anlaß des Silberjubiläums unseres Verbandes versammelten Mitglieder der Ortsgruppe Berlin beglückwünschten auch unseren Verbandsvorsitzenden, Kollegen Wieber, zu seinem Jubiläumstag. Sie sollen ihm Dank für

den vor 25 Jahren gefassten Entschluss, die christlichen Metallarbeiter Deutschlands zu einem selbständigen Verband zu vereinigen.

„Einigkeit macht Kraft!“  
An den Kollegen der Gruppe Berlin steigt es, nun die Herbst- und Winterzeit nach Kräften zu benutzen, um die prächtige Vortwärtentwicklung noch besser zu fördern.

**Verlohn.** Am Donnerstag, dem 2. Oktober, fand im Verbandslokal des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Verteln eine außerordentliche Vertrauensmännerversammlung statt.

Kollege Meier, als Vorsitzender der Gruppe, sprach den anwesenden Kollegen seine Anerkennung aus für die bisherige treue Mitarbeit und ermunterte sie, auch weiterhin für den Christlichen Metallarbeiterverband ihre ganze Kraft einzusetzen.

**Aus der Pfalz. Kommunistische Taktik** — Dumheit. Wenn in der Pfälzischen Metallindustrie Tarif- oder Lohnverhandlungen stattfinden, ist der D. M. V. immer mit einem großen Maß vertreten.

Kollege Meier, als Vorsitzender der Gruppe, sprach den anwesenden Kollegen seine Anerkennung aus für die bisherige treue Mitarbeit und ermunterte sie, auch weiterhin für den Christlichen Metallarbeiterverband ihre ganze Kraft einzusetzen.

**Branchenbewegung**  
Forderungen der Zehnmittelarbeiter.  
Am Samstag, dem 1. November, fand in Efen im Gefellenhaus eine vom Christlichen Metallarbeiterverband einberufene Bezirkskonferenz der Zehnmittelarbeiter statt.

Bedarfsartikeln eine Preissteigerung festgestellt werden. Eine weitere Verlesung, besonders der Tagelöhner, ist hierdurch eingetreten.

Die Entschliessung zu der Frage „Tagelöhner und Reichsknappschäftsgelei“ hat folgenden Wortlaut:  
„Die Zehnmittelarbeiter, Heizer und Maschinenisten des Christlichen Metallarbeiterverbandes stellen mit Bedauern fest, daß das Reichsknappschäftsgelei vom 23. Juni 1923 in den Leistungen gegenüber den Mitgliedern keine Gerechtigkeit aufweist.“

## Vom Werden unseres Verbandes im Sauer- und Siegerland

Von Bezirksleiter Wilhelm Meier

Es dürfte nur wenig Industrien geben, die sich gestützt auf eine Jahrhunderte alte Geschichte, zu einer solchen Bedeutung empor gearbeitet haben, wie die Metallindustrie des Sauer- und Siegerlandes.

Alle Privilegien gekrönter Häupter, die strengsten Zunftordnungen waren aber nicht imstande, den Siegeszug moderner Fabrikationsmethoden aufzuhalten und das Rad der Zeit im Lauf zu hemmen.

Kaum ein Zweig der Metallindustrie ist unterlegen, und wenn gleich der Wettbewerb in den letzten Jahrzehnten nicht gerade leicht zu führen war, so haben es die verschiedenen Industrien doch mit Erfolg verstanden, ihren Platz zu behaupten.

Obgleich die Arbeitgeber recht frühzeitig den Wert und die Notwendigkeit des Zusammenchlusses erkannten, so kann das von der Arbeiterseite nicht im gleichen Umfange gesagt werden.

### § 3. Zweck

Der Sauerländische Gewerbeverein bezweckt den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder, namentlich: Verbesserung des Lohnes, der Arbeitszeit, Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, Fürsorge in allen Notlagen der Arbeiter und Vertretung derselben gegenüber den Unternehmern, dem Staate und den Gemeinden und sucht dieses zu erreichen durch:

- 1. Errichtung von Arbeitsauschüssen, die bezüglich der Lohnfrage, Arbeitszeit und des Schutzes mit den zuständigen Organen in Verbindung treten und bei etwaigen Differenzen die Vermittlung übernehmen.

Höhe der zu leistenden Beiträge muß ein entsprechender Unterschied gemacht werden. Von der Regierung und allen beruflichen Stellen fordern wir, daß die gekennzeichnete Ungerechtigkeit baldigst beseitigt wird.

## Literatur

Von der wirtschaftsrechtlichen Bewegung zur Klassenkampforganisation von Johannes Breddemann. Verlag Deutscher Werkmeisterbund, Essen.

Eine sehr bemerkenswerte Schrift hat der Geschäftsführer des Verbandes deutscher Techniker, Kollege Breddemann, über den Verdegang des Deutschen Werkmeisterverbandes, Düsseldorf, herausgegeben.

## Bekanntmachung

Am Sonntag, dem 16. November, ist der 47. Wochenbeitrag fällig.

- 2. Gewerblichen Unterricht der Mitglieder und sozialpolitische Vorträge.
- 3. Gewährung von Rechtsschutz und Vertretung der Mitglieder in Streitfällen.
- 4. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder.
- 5. Vermittlung von Arbeit durch den Arbeitsnachweis.
- 6. Unterstützung der Mitglieder bei Aussperrung, Maßregelung und Arbeitseinstellungen.
- 7. Unterstützung in Krankheitsfällen der Mitglieder.
- 8. Unterstützung der Mitglieder in außerordentlichen Fällen.
- 9. Unterstützung in Sterbefällen.
- 10. Gutachten und Eingaben an die zuständigen Behörden bzw. Parlamente.

Es darf nicht geleugnet werden, daß diese Organisationen sehr wohl bemüht waren, ihrer Zwecksetzung zu entsprechen, indes die überaus starken Widerstände hemmten die Entwicklung ungemein.

Neist den beiden Gewerkevereinen, die auch dem Gesamtverband beigetreten waren, hatte der Christliche Metallarbeiterverband aber auch im märkischen Sauerland festen Fuß fassen können und obgleich mit seinem Ausschluß aus dem Gesamtverband vom 1. Januar 1903 ab der Sauerländer- und Siegerländer Gewerbeverein als Zentralorganisation bestimmt waren, so vermochten doch diese beiden nicht den steigenden Anforderungen Rechnung zu tragen.

Mit welcher Hartnäckigkeit diese Kämpfe geführt worden sind, zeigte der Mendener Metallarbeiterstreik im Jahre 1912, einer der größten Kämpfe, der im Sauerland überhaupt zu verzeichnen war, und 26 Wochen, vom Christlichen Metallarbeiterverband allein durchgeführt wurde.

Mit welcher Hartnäckigkeit diese Kämpfe geführt worden sind, zeigte der Mendener Metallarbeiterstreik im Jahre 1912, einer der größten Kämpfe, der im Sauerland überhaupt zu verzeichnen war, und 26 Wochen, vom Christlichen Metallarbeiterverband allein durchgeführt wurde.